

## Unbehagen

dener soziokultureller, geopolitischer und ethnosozialer Bedingungen, unter denen Entwicklung in verschiedenen Weltregionen mit einem mehr oder minder großen Industriesektor sich vollzieht, daß es trotz Unterschieden grundlegende Zusammenhänge gibt, die in Indikatoren, Kreislauf- und Wachstumsgrößen, in Modellen und Idealtypen Entwicklung beschreiben. Militärausgaben, die letztlich fiskalischer Ausdruck von Rüstung und Abrüstung sind, können in einigen Staaten eine begrenzt förderliche, eine hemmende und – im Extremfall einer ‚militarisierten Wirtschaft‘ – eine entwicklungsvernichtende Rolle spielen. Es ist einzusehen, daß die jeweilige Phase von Entwicklung, die im Zusammenhang mit bisherigen Zuwachsraten die Niveauhöhe bestimmt, ebenso von der Rolle von Militärausgaben beeinflusst wird, wie sie weitere Voraussetzungen bildet für nachfolgend vermehrte oder verminderte Militärausgaben. Man muß sich diesen Prozeß in der Bewegung vorstellen. Er enthält in sich gegen- oder einseitige Abhängigkeiten, zum Beispiel zwischen der Realkapitalbildung, dem Budgetbewilligungsprozeß und dem Tempo wie dem Verlauf von Entwicklung, aber auch invariable Bestimmungsgründe wie eine anhaltend niedrige Sparneigung oder die Neigung, Geldkapital, statt es zu investieren, ins Ausland zu transferieren. Es gelang in dem unter Leitung des Verfassers für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit erstellten, Ende 1986 erschienenen Gutachten ›Rüstung und Entwicklung. Politische, wirtschaftliche und finanzielle Voraussetzungen und Folgen in Entwicklungsländern‹ eine typologische Ordnung in die Vielfalt der Erscheinungen hineinzubekommen. Damit bot sich die Möglichkeit, neue Einsichten für die Hilfefpolitik der wohlhabenden Staaten gemäß der UN-Einkommensmatrix zu gewinnen. 121 Länder wurden untersucht und 17 als typisch herausgefiltert.

Wenige Angaben lagen zum Zusammenhang zwischen Militärausgaben und äußerer Verschuldung vor. Die gab es nur für wenige Länder für jeweils wenige Jahre<sup>4</sup>. Die Antwort auf die Frage, ob Militär- und Entwicklungshilfe ursächlich verkoppelt sind, konnte aus der Statistik nicht herausgerechnet werden. Ohnehin gilt, daß Statistiken weder Wirkungs- noch Ursachenzusammenhänge, sondern nur statistische Korrelationen darstellen können. Der prozeßhafte Ablauf, den Theorie und Empirie wirtschaftlicher Entwicklung meinen, muß analytisch vorgedacht werden. Die Statistik übernimmt dabei die Rolle des Illustrators. Auch hat sich die Studie mit der Frage beschäftigt, ob es möglich ist, Überrüstung ökonomisch zu definieren. Entgegen landläufigen Meinungen kommt sie zum Ergebnis, daß dies möglich ist.

Unterschieden wurden drei Typen von Entwicklungsländern:

1. Länder, in denen zeitweise Militärausgaben (Ausgaben für physische Rüstung sind ein Teil davon) eine Pionierrolle übernehmen, indem eine Infrastruktur aufgebaut wird: Flugplätze, Straßen, Häfen, Kanäle, Magazine und so weiter. Es wird unterstellt, daß in diesen Staaten Militärausgaben nach einer Anlaufphase zurückgenommen werden, daß sie also im Wachstumsprozeß zurückfallen.
2. Länder, die sich durch ›verspätete‹ Militärausgaben auszeichnen, als man sie nennenswert in das Zentralbudget erst aufnimmt, wenn die wirtschaftliche Entwicklung es zuläßt. Militärausgaben entwickeln sich in einer späteren Phase und sie können, wenn auch unter Wohlstandsverlusten, verkraftet werden. Dieser Typ ist selten. Der Hauptgrund liegt darin, daß vermeintlich oder tatsächlich Militär in Frühphasen oft revolutionärer Entwicklungen benötigt wird. Die Nationwerdung ist nach Vorstellungen mancher Regierungen nur mit Hilfe des Militärs möglich. Die 160 Kriege seit 1945 waren zur Hälfte Auseinandersetzungen zwischen benachbarten Entwicklungsländern oder in Entwicklungsländern selbst. Eine friedliche Entwicklung bis zu einer Schwelle, die Militärausgaben gesamtwirtschaftlich zuläßt, ist selten.
3. Ein weiterer Typ ist gekennzeichnet durch vorab überhöhte Militärausgaben. Aus welchen sozio-politischen Gründen auch, die Entwicklung wird bestimmt und bereits mittelfristig gedämpft durch hohe Militärausgaben, die zum frühzeitigen Aufbau eines starken militärischen Sektors führen. Da der (Rüstungs-)Apparat zwar einmalig investiv ist, außer der sozialen Schutzfunktion aber keine genuine Produktivität besitzt (wie beispielsweise der Maschinenbau), kommen militarisierte Wirtschaften nicht in die Zone steigender Zuwachsraten ihres Bruttosozialproduktes, die mit der Industrialisierungsgeschichte der Alten Welt vergleichbar sind. Langfristige Entwicklungsmöglichkeiten sind von vorneherein verstopft.

In Österreich brodeln die Diskussion um die faktische Berechtigung und symbolische Bedeutsamkeit einer möglichen (bisher nicht nachgewiesenen) Mittäterschaft Kurt Waldheims bei Kriegsverbrechen der Wehrmacht auf dem Balkan und seiner wohl wahrscheinlichen Mitwisserschaft als damals sehr junges Mädchen im militärisch-gesellschaftlichen Räderwerk des Großdeutschen Reiches. Dabei sind die Wogen der Diskussion teilweise mit braunen Gischkronen besetzt, die schauern machen. Inzwischen sammelt der ehemalige Generalsekretär der UNO (1972–1981) zusätzlich zu seinen lange aufrecht erhaltenen biographischen Vertuschungen zielsicher weitere Minuspunkte durch tolpatschig-selbstsichere Reaktionen eines unverwundlich guten Gewissens. Oder sollte man mitfühlend sagen, ein alter Mann reagiert – waidwund gehetzt – unkontrolliert auf Vorwürfe, die ihn selbst als Einzelperson längst nicht mehr betreffen? Unbehagen . . .

Unbehagen empfinde ich bei der Lektüre von Kommentaren in bundesdeutschen Zeitungen, die einen österreichischen Nachholbedarf in Sachen Vergangenheitsbewältigung feststellen und kontrastierend die Vorzüge der Bundesrepublik und ihres derzeitigen Präsidenten hervorheben. Die Bundesrepublik hat Glück gehabt: Mit Richard von Weizsäcker hat sie einen Präsidenten, der sich wegen des Kriegsverbrecher-Prozesses gegen seinen Vater so früh und intensiv mit Schuld und Sühne unserer älteren Generation auseinandersetzen mußte, daß er die Verdängungsleistungen der vielen Alten, aber auch vieler Nachgeborener, öffentlich positiv überwinden konnte. Ich bin mir nicht sicher, ob nicht zumindest einer unserer sechs Bundespräsidenten nach den bei Waldheim angelegten Kriterien auch auf die ›watch lists‹ der USA gehört hätte (von Adenauers Staatssekretär Globke ganz abgesehen); unbehaglich stimmt dabei, daß mit Kriterien der ›watch list‹ ein Ex-Marinerichter Filbinger vielleicht gar nicht erfaßt worden wäre. Wie sähe wohl die öffentliche Reaktion in der Bundesrepublik aus, wenn der Freund und Verbündete in Gestalt der US-Bundesregierung zusammen mit Aktivisten des Jüdischen Weltkongresses in ähnlicher Weise eine bundesdeutsche Symbolfigur gewählt hätte? Unbehagen . . .

So wie ich empirische Untersuchungen über moralische Orientierungen der Öffentlichkeiten westlicher Industrieländer lese, dürften jeweils zwischen 15 und 30 Prozent angstbesetzt nationalistische, faschistoide Züge zeigen, während nur zwischen 10 und 20 Prozent rundum anti-rassistisch und weltoffen sind und die große Mehrheit mehr oder weniger konventionalistisch denkt: Mitläufer. Dies braucht nicht als Entschuldigung herzuhalten, sondern ist Grund für Unbehagen . . .

Das Holtzman-Amendment von 1978 veränderte Visa-, Einbürgerungs- und Ausbürgerungsvorschriften der USA. Vor dem Hintergrund der amerikanischen Holocaust-Diskussion sollte es unter anderem dem moralischen Opportunismus der US-Regierung bei der Visa-Gewährung einen Riegel verschieben: Auch solchen Personen, die nur indirekt und vermittelt in NS-Verbrechen verwickelt waren (etwa Akademikern und Wissenschaftlern) sollten Visa verweigert werden – so wie Kommunisten, Terroristen und Kriminellen. Einerseits empfinde ich Befriedigung bei einem solchen Versuch, nicht nur die Duldung oder gar die Indienstnahme der Barbies (nachträglich) zu verhindern, sondern auch die der intellektuellen Apologeten, Technokraten und Mitläufer. Andererseits aber das Unbehagen über Listen von rund 300 000 Privatpersonen, für die der Grundsatz ›in dubio contra reum‹ gilt, bis ein amerikanisches Gericht einer Gegenklage stattgegeben hat. (Wiederum: Welcher Staat hat keine ›schwarzen Listen‹ für visapflichtige Besucher?) Die Tatsache, daß die selektive Moral auch mit dem Holtzman-Amendment noch nicht überwunden war, daß die Kopf- und Handwerker der Repressionsapparate pro-amerikanischer Diktaturen die ›watch list‹ nicht zu fürchten haben, hinterläßt aber auch hier Unbehagen . . .

Wenn ich lese, daß Israel der UNO den Schwarzen Peter der Zurückhaltung von Informationen über Nazi-Kriegsverbrecher zuzuschreiben versucht, wenn Waldheim fragt, warum die Vorwürfe erst jetzt und nicht anläßlich seiner dreimaligen Kandidatur für den Posten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen erhoben wurden, wenn ich mich daran erinnere, mit welchen populistisch-nationalistischen Argumenten konservative amerikanische Kreise ihre UN-Kritik betrieben und betreiben, befällt mich Unbehagen . . . Waldheim wird (weitgehend zu Recht) geschlagen, gemeint ist aber nicht eigentlich er – sondern die UNO, dieses Symbol einer widerspenstigen, unkontrollierbaren Welt. Unbehagen . . .

Unbehagen schließlich bereitet mir ein Kurt Waldheim, der durch sein Verhalten leider beweist, daß Vergangenheitsbewältigung noch immer nötig ist – und gleichzeitig damit verschleiert, daß es auf der persönlichen und gesellschaftlich-kollektiven Ebene heute vergleichbare Dilemmata der moralischen Bewältigung der Gegenwart und Zukunft der Weltgesellschaft gibt. Unbehagen . . .

Jens Naumann □